

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

2009232/3

Dezernat: Dezernat 6	aktuelles Gremium Stadtrat	Sitzung am: 10.09.2009 TOP: 2.26
Amt: Amt 65	öffentlich ja	Vorlagen-Nr.: 2009232/3
	Az.:	erstellt am: 13.08.2009

Betreff

Widmung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen
Hier: Zeppelinstraße am ehemaligen Flugplatz Köthen

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	27.08.2009: Bau- und Unterausschuss	27.08.2009	laut BV
2	01.09.2009: Hauptausschuss	01.09.2009	laut BV
3	10.09.2009: Stadtrat	10.09.2009	laut BV

Beschlussentwurf

Der Stadtrat der Stadt Köthen beschließt, die Zeppelinstraße am ehemaligen Flugplatz Köthen **nicht** öffentlich zu widmen und den Status einer Privatstraße aufrecht zu erhalten.

Gesetzliche Grundlagen:

Straßengesetz LSA (StrG LSA)

Darlegung des Sachverhalts / Begründung

Ausgangslage:

Durch den Landkreis wurde der Antrag gestellt, die bislang privaten Straßen auf dem Flugplatz, Zeppelinstraße und die Straße „Am Flugplatz“ öffentlich zu widmen und als Gemeindestraßen in die Straßenbaulast der Stadt zu übernehmen (Anlage 1 und 2).

Die Straßen sind seit vielen Jahren privat und derzeit im Eigentum des Landkreises. Durch das Eigentum des Landkreises an den Erschließungsstraßen und Baulasten für andere Nutzer ist die Erschließung aller Anlieger dauerhaft gesichert.

Das Begehren des Landkreises auf Widmung der Straßen und Übernahme in die Straßenbaulast der Stadt Köthen kommt zu einem Zeitpunkt, an dem der Landkreis durch den Abwasserverband Köthen aufgefordert wurde, bis 31.10.09 die Straßen und die Dachflächen der Gebäude vom zentralen Abwassersystem abzukoppeln und das Regenwasser dezentral zu entsorgen.

Dies hat folgenden Hintergrund:

Der Abwasserverband betrachtet das Gebiet des ehem. Flugplatzes als privates Grundstück und hat im Bereich der Edderitzer Straße einen Übergabepunkt definiert; von dieser Stelle an ist der Kanal öffentlich und in der Unterhaltungspflicht des AV Köthen. Die Kanäle auf dem Gelände des Flugplatzes sind privat und in vielen Bereichen marode; weit reichende Sanierungsmaßnahmen sind erforderlich. Tatsächlich existiert auf dem Flugplatz ein Trennsystem, welches jedoch an einer Stelle in einen gemeinsamen Mischwassersammler überführt wird.

Der Abwasserverband Köthen wurde von der Unteren Wasserbehörde aufgefordert, die Einleitmengen in die Ziethe mittelfristig deutlich zu reduzieren.

Die Verbandsversammlung des AV Köthen hat deshalb am 26.3.08 beschlossen, auf der Grundlage des § 151 Abs.3 Wassergesetz LSA für bestimmte Einleitgebiete der Stadt Köthen ein Einleitverbot für Regenwasser in das Kanalnetz des Verbandes auszusprechen. Diese Forderung resultiert aus der hydraulischen Überlastung des Mischwassernetzes im Starkregenfall.

In § 151 Abs.3 Wassergesetz LSA ist formuliert:

(3) Zur Beseitigung des Niederschlagswassers sind anstelle der Gemeinde verpflichtet

1. der Grundstückseigentümer,
2. die Träger öffentlicher Verkehrsanlagen,

soweit nicht die Gemeinde den Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage und deren Benutzung vorschreibt, weil ein gesammeltes Fortleiten erforderlich ist, um eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu verhüten.

Von dem Einleitverbot ist auch das Gebiet des ehem. Flugplatzes betroffen; insbesondere die bebauten Bereiche um Landkreisverwaltung und Finanzamt und die Zeppelinstraße.

Es wurde die Auflage erteilt, das Regenwasser vom Schmutzwassernetz abzukoppeln und vor Ort zu sammeln und zu belassen. Der Abwasserverband übernimmt weiterhin das Schmutzwasser in sein Kanalnetz. Als Frist für den Umbau wurde der 31.10.2009 benannt.

Während der Landkreis ursprünglich Kosten von 1 - 2 Mio. € für Entkopplung und Vor-Ort-Speicherung kalkuliert hat, liegen die Kosten nun wohl bei 200 - 300 T€ und sind nach Aussagen des zuständigen Dezernenten im Haushalt des Landkreises für das HH-Jahr 2009 eingeplant. Parallel dazu hat das Rechtsamt des Landkreises jedoch Klage gegen den Bescheid des Verbandes erhoben. Deshalb wurde im Landkreis bislang nicht an der ingenieurtechnischen Lösung des Problems gearbeitet.

Bei Übernahme der Zeppelinstraße durch die Stadt Köthen richtet sich der Bescheid des Abwasserverbandes Köthen partiell gegen die Stadt als Straßenbaulastträger. Die Stadt wäre in der Pflicht, das Regenwasser der öffentlichen Straße vor Ort zu belassen und müsste die Kosten dieser investiven Maßnahme sowie die Unterhaltungskosten des Systems dauerhaft tragen. Dies widerspricht früheren Aussagen des Landkreises, wie bereits oben erwähnt, sämtliche Erschließungskosten im Zusammenhang mit dem Umzug des Kreishauses auf den Flugplatz zu übernehmen.

Die Umsetzung dieser Baumaßnahme wird geschätzt ca. 200 - 300 T€ kosten. Die Netzentflechtung ist eine Voraussetzung für den Abwasserverband, um die abwassertechnischen Auflagen der Unteren Wasserbehörde des Landkreises zur Reduzierung des Abwassereintrags in die Ziethe zu erreichen.

Mit Schreiben vom 14.3.1995 bestätigt der Landkreis Köthen gegenüber der Stadt Köthen, „...dass die Gesamtinvestition einschl. der Erschließung von der Deutschen Anlagen Leasing erbracht wird und die Stadt mit den anfallenden Kosten und den dazugehörigen Baumaßnahmen nicht belastet wird“ . Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld als Rechtsnachfolger der Altkreises Köthen, hält diese Aussage für nicht bindend und fordert die Stadt Köthen auf, die Widmung der Straßen bis zum 30.9.09 zu vollziehen und damit auch die Kosten für die Regenentwässerung der Straße zu übernehmen.

Istsituation

Zurzeit ist die Zeppelinstraße eine Privatstraße im Eigentum des Landkreises. Somit kann der Landkreis aufgrund seiner Eigentümerstellung darüber entscheiden, ob und durch wen die Straße öffentlich genutzt werden darf.

Eine gesetzliche Widmungspflicht gibt es grundsätzlich nicht. Vielmehr steht die Widmung einer Straße regelmäßig im Ermessen des (künftigen) Straßenbaulastträgers. Dieses Widmungsermessen *kann* jedoch soweit reduziert sein, dass nur noch eine Widmung in Betracht kommt. Dies kann z. B. der Fall sein bei zeitlich vorauslaufender und sachlich übergeordneter Planung, eventuellen vertragliche Bindungen oder durch gebilligte tatsächliche Entwicklungen.

Der materielle Begriff der öffentlichen Straße setzt folgendes Voraus:

1. Gemeingebrauch: also der jedermann im Rahmen der Widmung zustehende Gebrauch der einer individuellen Zulassung nicht zugänglich ist. Das Gegenstück bei der Privatstraße ist der durch (stillschweigende) Zulassung durch den Eigentümer individualisierte Gebrauch.

2. Die Unentbehrlichkeit dieses Gebrauchs: für die Wahrnehmung der Grundrechte der freien Entfaltung der Persönlichkeit und der angemessenen Nutzung des Eigentums.

3. Das spezifische Angewiesensein der Anlieger auf das Vorhandensein und die gesicherte Nutzung der Straße: in dem für die angemessene Nutzung des Grundstücks oder des auf diesem eingereichteten und ausgeübten Betriebes erforderlichen Umfang.

4. Die Regelmäßigkeit oder Dauerhaftigkeit des Bedürfnisses: nach einer ungestörten, zur Wahrnehmung der Grundrechte unentbehrlichen Straßenbenutzung.

Prüft man diese Kriterien, ist keinesfalls sicher, dass die Zeppelinstraße zwingend gewidmet werden muss.

Es ist nicht erkennbar, weshalb eine individuelle Zulassung der Nutzung der Zeppelinstraße durch den Eigentümer nicht ausreichend sein soll (z. B. „Nur für Besucher des Landkreises und FA“). Denn außer dem Landkreis und zurzeit noch dem Finanzamt gibt es nur wenige andere Eigentümer, die alle ein Wegerecht mittels Baulast zu ihren Gunsten haben. Hinzu kommt, dass der LK selbst Eigentümer der Straße ist. Ihm droht also nicht, dass er von der Nutzung ausgeschlossen werden könnte.

Eine Verbindung zwischen Edderitzer Straße und K 2074 ist entbehrlich, da die K 2074 über die Straße „Am Wasserturm“ erschlossen wird. Mit Fertigstellung der B6n wird die Edderitzer Straße abgehängt, so dass die Erschließung des Flugplatzes als Sackgasse funktioniert.

Hinsichtlich Unentbehrlichkeit und des Angewiesenseins auf die Straße besteht keine Notwendigkeit der Widmung. Da der Landkreis selbst Eigentümer des Straßenlandes ist, ist er zur Nutzung seines Grundstücks nicht auf eine Sicherung der öffentlichen Nutzbarkeit der Zeppelinstraße angewiesen.

Das vierte Kriterium ist ebenso unproblematisch. Natürlich bedarf der LK der ständigen Nutzbarkeit der Zeppelinstraße, weil sonst weder Mitarbeiter noch Bürger den Weg zu ihm finden. Nur hat er das ja als Eigentümer der Straße selbst in der Hand.

Verkehrsentwicklungsplan

Im geplanten Straßennetz des VEP 2006 ist die Zeppelinstraße bis zum Sitz der Landkreisverwaltung als verkehrswichtige innerörtliche Straße und bis zur Edderitzer Straße als nachgeordnete Sammel- und Erschließungsstraße als Planungsziel dargestellt.

Im Bereich der geplanten B 6n ist die Straßenverbindung als Wegfall dargestellt, so dass diese Straße durch die B 6n abgehängt werden wird.

Mit Abkopplung der Edderitzer Straße erschließt die Zeppelinstraße im hauptsächlich das Kreishaus. Andere Nutzer sind lediglich die Eigentümer der wenigen Wohnhäuser.

Die Straße „Am Flugplatz“, dient lediglich als Zufahrt zum Gelände des Landkreises bzw. zur Umfahrung dieses Grundstücks.

Im Verkehrsentwicklungsplan 2006 sind Analysebelastungen für die Zeppelinstraße von 650 – 2550 Kfz/Tag und für die Edderitzer Straße von 650 Kfz/Tag ermittelt worden. Das unterstreicht die eher geringe Verkehrsbedeutung.

Als Prognosebelastung für 2015 werden 3.150 Kfz/Tag angenommen, unter der Voraussetzung, die B 6n ist fertig gestellt und die Edderitzer Straße ist abgehängt. Es gibt dann nur eine Zufahrt (Sackgasse) zum Flugplatz.

Aus den oben genannten Gründen ist die Stadt Köthen der Auffassung, dass es in diesem Fall das Widmungsermessen nicht auf Null reduziert hat und deshalb kein Anspruch des Landkreises Anhalt-Bitterfeld auf Widmung der Straße besteht.

Empfehlung

Es wird empfohlen, die Straßen auf dem Flugplatz nicht zu widmen, da durch das Eigentum des Landkreises an den Straßengrundstücken und Sicherung der Erschließung der anderen Anlieger mittels Baulasten eine dauerhafte Erschließung gesichert ist.

Sollte der Landkreis sich unserer Rechtsauffassung nicht anschließen bzw. keine einvernehmliche Lösung gefunden werden, ist nicht ein Rechtsstreit nicht auszuschließen.

Anlagen:

Anlage 1: Schreiben LKS vom 10.07.09

Anlage 2: Übersichtsplan